

**Früher gut. Heute gut.**

Es gibt erfülltes Leben **TROTZ** vieler unerfüllter Wünsche.

Empfehlung der Woche

<b>1St. Bratwurst</b> eigene Herstellung <b>0.60 Euro</b>	<b>500g Rouladen</b> Geschneuzelte Rinder-Rouladen <b>5.25 Euro</b>
<b>1St. Pfefferbeißer</b> eigene Herstellung <b>0.95 Euro</b>	<b>100g Fleischsalat</b> ohne Konservierungsstoffe <b>0.90 Euro</b>
<b>Fleischwurst</b> meist verkaufte Wurst <b>täglich frisch</b>	<b>Frikadelle im Brötchen</b> täglich mehrfach frisch gebacken

**WEBER** Röntgenstraße 21  
57078 Siegen-Geisweid  
Tel. 0271.81126  
www.fleischerei-weber.de

Ein Unternehmen der St. Marien-Krankenhaus Siegen gem. GmbH

**GSS Gesundheits-Service Siegen**

**Wohnen mit Service**  
in Niederfischbach

**Zu vermieten**  
2- oder 3-Zimmerwohnungen, 48-80 qm, Küchenzeile, behindertengerechtes Bad, Balkon/Terrasse und großzügige Gartenanlage, umfangreiche Serviceleistungen inklusive Notrufbereitschaft rund um die Uhr.

**Kontakt**  
GSS Gesundheits-Service Siegen  
Frau Stausberg/Frau Beib  
Kampfenstraße 51 - 57072 Siegen  
Telefon: (0271) 231-2267  
E-mail: a.stausberg@marienkrankenhaus.com

Wohnen mit Service beim GSS - eine Wohnform, die Selbständigkeit und Individualität erhält und ein hohes Maß an Sicherheit und Unterstützung im Bedarfsfall bietet.

Ankauf von Gold und Silberwaren  
**GOLD & SILBERHANDEL**

**Emanuel Dayan**  
**0176 751 421 45**

Goldankauf Emanuel  
Alte Poststr. 26  
57072 Siegen

Schlafen Sie auf einzigartiger Spiroflex-Feder-Technologie

Fey und Co Schlafcomfort by

**Möbel-Nies**  
Über 111 Jahre  
57080 EISERFELD · Bühlfstraße 14  
Telefon (02 71) 3 58 11

**MERBOLD ELEKTROTECHNIK GMBH**  
Zum Förderturm 4a · 57562 Herdorf

Beratung rund um die Uhr unter [www.merbold-elektrotechnik.net](http://www.merbold-elektrotechnik.net)

**0 27 44 / 9 31 78-0**  
oder **01 71/5 32 30 74**

Ihr Fachbetrieb für:  
• Industrieelektrik, Wartung und Kundendienst • Elektroinstallationen aller Art für Privat und Gewerbe • Schaltschrankbau  
• Mess- und Regeltechnik • Telefon und Sprechanlagen • Wärmespeicheranlagen • Vermietung von Notstromaggregaten  
• Erkennen von Brandgefahr und Isolationsfehlern mit Wärmebildkamera • Überprüfung v. elektr. Handgeräten nach BGVA3 • Planung, Beratung und Verkauf

**NRW-Wahl als Kraftprobe**

Essen. Die SPD will den NRW-Wahlkampf zur Kraftprobe über die Gesundheitsreform machen. „Die Menschen in NRW haben die Chance, diesen Wahnsinn zu stoppen“, sagte der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel einer Zeitung. Die SPD müsse im Wahlkampf Klartext reden. Deutschland sei ein unfaires Land geworden. Gabriel bezweifelte außerdem, dass es in NRW zu einer schwarz-grünen Koalition kommen wird. (ddp)

## Atom-Aus bis 2030

Norbert Röttgen bleibt bei seiner Sicht

Berlin. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) geht fest von einem Atomausstieg bis spätestens 2030 aus. „Im Koalitionsvertrag steht: Die Atomkraft soll nur eine Brückenfunktion haben, bis die erneuerbaren Energien die Versorgung verlässlich und preislich wettbewerbsfähig übernehmen“, sagte Röttgen einer Zeitung. Selbst nach den skeptischsten Schätzungen sei das 2030 der Fall. Damit wäre der Ausstieg aus der Kernkraft acht Jahre später besiegelt als im rot-grünen Atomkonsens festgelegt.

Ziel sei es, „nahezu vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen“, sagte der Minister. Windkraft und Solarenergie seien eine bessere Technik als die Kernkraft. Sobald der Ökostromanteil von derzeit noch 16 Prozent auf 40 Prozent steige, sei es soweit. Röttgen verwahrte sich zugleich gegen die Vorwürfe, er setze sich über die Linie von Partei und Regierung hinweg. „Das stimmt nicht“, sagte er. Die „Brückenfunktion“ der Atomkraft sei im Koalitionsvertrag klar beschrieben worden, und mit der Förderung regenerativer Energien würden originäre Anliegen der CDU und auch der FDP berücksichtigt.

Nach Informationen eines Magazins plant Röttgens Ministerium, sieben Kraftwerksblöcke bereits in den nächsten Jahren vom Netz zu nehmen, darunter Biblis A und Neckarwestheim 1. Ein dementsprechendes Szenario habe das Umweltministerium in Gesprächen mit Industrievertretern vorgestellt. Nach Auffassung des Umweltbundesamtes kann Deutschland seine 17 Kernkraftwerke sogar schon früher ersetzen. „Wir können den Anteil von 40 Prozent erneuerbaren Energien gut um das Jahr 2020 erreichen“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth. (ddp)



Die niederländische Regierung von Ministerpräsident Jan-Peter Balkenende ist am Ende. Die Koalition zerbrach gestern am Streit um den Afghanistan-Einsatz. Foto: ddp-Archiv

## Koalition am Ende

Die niederländische Regierung zerbricht an Afghanistan

Amsterdam. Die niederländische Regierung von Ministerpräsident Jan-Peter Balkenende ist in der Nacht zu Samstag an dem monatelangen Streit über den Afghanistan-Einsatz zerbrochen. Die Sozialdemokraten verließen die Koalition, weil sie das Afghanistan-Mandat für die niederländische Armee nicht über 2010 hinaus ausweiten wollen. Balkenendes Christdemokraten sind für die Ausweitung.

Der Ministerpräsident sagte am frühen Morgen, er werde im Laufe des Tages Königin Beatrix die Demission der Minister und Staatssekretäre der zweitgrößten Regierungspartei, der sozialdemokratischen PvdA, präsentieren. Er habe feststellen müssen, dass es keine Möglichkeit für eine fruchtbare Zusammenarbeit mehr gebe, sagte der Ministerpräsident vor Journalisten in

Den Haag. Auch eine 16-stündige Marathonsitzung habe die Drei-Parteien-Koalition nicht retten können. Die sozialdemokratische PvdA habe die Regierung durch ihre Weigerung mit einer „politischen Hypothek“ belastet. Eine ausgeglichene Debatte über die Ausweitung der Mission am Hindukusch sei so blockiert worden, kritisierte der Regierungschef.

Der Parteichef der Sozialdemokraten und Vizepremier Wouter Bos hatte sich kategorisch dagegen ausgesprochen, den Einsatz der niederländischen Soldaten in der südafghanischen Provinz Uruzgan zu verlängern. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hatte vor wenigen Tagen darum gebeten, die Niederländer sollten bis August 2011 in Afghanistan bleiben, um einheimische Sicherheitskräfte auszubilden.

Nach bisherigen Plänen wollen die Niederlande im August dieses Jahres mit dem schrittweisen Rückzug ihrer Afghanistan-Truppe beginnen.

Balkenendes Christlich-Demokratischer Appell (CDA) als größte Regierungspartei ist für die Ausweitung des Afghanistan-Mandats. Die protestantisch-konservative Christen-Union, kleinste Partei in der Koalition in Den Haag, ist gespalten. Die Niederlande haben derzeit mehr als 1800 Soldaten in Afghanistan stationiert. Seit 2006 wurden 21 Niederländer dort getötet. Die Regierung Balkenende wäre am Montag drei Jahre im Amt gewesen. Politische Beobachter schließen nicht aus, dass es nun zu vorgezogenen Wahlen in den Niederlanden kommen wird. Umfragen sagen jedoch beiden großen Parteien Verluste voraus. (swa)

## Indizien eindeutig

Mossad soll hinter Dubai-Mord stecken

Köln. Die deutschen Sicherheitsbehörden gehen nach Medieninformationen davon aus, dass der israelische Geheimdienst Mossad hinter dem Mordanschlag auf den Hamas-Funktionär Mahmud al-Mabuh in Dubai steht. Die Indizien seien erdrückend, berichtete ein Magazin.

So soll die „Kidon“-Einheit des Mossad das Attentat ausgeführt haben, die in der Vergangenheit bereits für mehrere spektakuläre Liquidationen verantwortlich war. Offenbar habe der israelische Geheimdienst für die Kommandoaktion gezielt einen echten deutschen Pass eingesetzt, der bereits 2009 in

Köln ausgestellt worden war. Die Staatsanwaltschaft Köln habe deshalb Ende vergangener Woche ein Ermittlungsverfahren wegen „mittelbarer Falschbeurkundung“ eingeleitet. Die Bundesanwaltschaft prüfe derzeit noch, ob sie das Verfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit übernimmt.

Mit dem Pass sei am 19. Januar einer der mutmaßlichen Mossad-Agenten in Dubai eingereist. Die Spur des mutmaßlichen Mossad-Agenten verliere sich in der israelischen Stadt Herzlija, wo er bis Juni vergangenen Jahres gewohnt haben soll. (ddp)

## Ministerin fordert Aufklärung

Berlin. Im Missbrauchsskandal der katholischen Kirche fordert Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) die deutschen Bischöfe zum Handeln auf. „Ich erwarte von der katholischen Kirche konkrete Festlegungen, welche Maßnahmen für eine lückenlose Aufklärung ergriffen werden“, sagte sie einem Nachrichtenmagazin. Sie plädierte für Ombudsleute und einen runden Tisch aus Staats-, Kirchen- und Opfervertretern. Unterdessen weitet sich die Zahl der Missbrauchsfälle aus den 60er, 70er und 80er Jahren offenbar aus. Mindestens sechs katholische Einrichtungen werden mit neuen Vorwürfen konfrontiert. (ddp)



## Fregatte ist zurück

Wilhelmshaven. Die Fregatte „Bremen“ ist gestern von ihrem Anti-Piraten-Einsatz zurückgekehrt. Nach rund sechs Monaten auf See lief das Schiff seinen Heimathafen Wilhelmshaven am Vormittag an. Die 220-köpfige Besatzung wurde von zahlreichen Familienmitgliedern und Freunden herzlich empfangen (im Bild). Die „Bremen“ war Ende Juli zu der Mission „Atalanta“ aufgebrochen. Insgesamt legte das Schiff bei dem Einsatz rund 80 000 Kilometer zurück. Mehrfach konnte die Besatzung Angriffe von Piraten verhindern. Dabei beschlagnahmte sie zahlreiche Waffen und insgesamt vier Außenbordmotoren der Piratenschiffe. Foto: ddp

Westfalen bietet Ihnen wieder die Möglichkeit, sich mit Ihrem Unternehmen auf unserem Landesparteitag zu präsentieren und mit Politik und Medien in einen Dialog zu treten.“ Ein Sprecher der NRW-CDU räumte die Existenz der Werbeprospekt ein und sprach von einem ungeschickten Sprachgebrauch einzelner Mitarbeiter.

„Unternehmen, Verbände und Vereine präsentieren sich auf Parteitagen der verschiedenen Parteien seit vielen Jahren. Dies steht in vollem Einklang mit den strengen Regeln des Parteiengesetzes“, betonte der Sprecher weiter und erklärte, dass sich die Standmierte auf dem Landesparteitag ausschließlich an der Größe der Stände orientiert.

Die Union hat nach Angaben des Magazins schon früher versucht, Sponsoren mit Terminen beim Ministerpräsidenten zu locken. Für den Landesparteitag im Jahr 2008 bot die Geschäftsstelle der Partei bereits ein „Partnerpaket“ an, das ein Gespräch mit Rüttgers einschloss. Für dieses Jahr kündigt sie noch größere Attraktionen

## Kritik am Partei-Marketing

NRW-CDU verkauft Sponsoren Gespräche mit Landeschef

Düsseldorf. Die nordrhein-westfälische CDU verkauft zahlungskräftigen Sponsoren exklusive Gesprächstermine mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU). Wie ein Nachrichtenmagazin berichtete, belegen Briefe der NRW-Union, dass Unternehmen für den Landesparteitag Mitte März nicht nur Ausstellungsfläche erwerben können, sondern auch vertrauliche Unterredungen mit den Mitgliedern der Regierung.

Für 20 000 Euro können Kunden demnach ein so genanntes Partnerpaket für den Parteitag kaufen, das neben einem mehr als 15 Quadratmeter großen Stand auch „Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“ verspricht. Für 14 000 Euro bietet die Partei eine Ausstellungsfläche von 10 bis 15 Quadratmetern, eine vertrauliche Unterredung ist dafür jedoch nicht mehr drin, sondern nur ein „Fototermin und Rundgang mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen“.

Das Schreiben an potenzielle Sponsoren beginnt mit den Worten: „Die CDU Nordrhein-

Westfalen bietet Ihnen wieder die Möglichkeit, sich mit Ihrem Unternehmen auf unserem Landesparteitag zu präsentieren und mit Politik und Medien in einen Dialog zu treten.“ Ein Sprecher der NRW-CDU räumte die Existenz der Werbeprospekt ein und sprach von einem ungeschickten Sprachgebrauch einzelner Mitarbeiter.

„Unternehmen, Verbände und Vereine präsentieren sich auf Parteitagen der verschiedenen Parteien seit vielen Jahren. Dies steht in vollem Einklang mit den strengen Regeln des Parteiengesetzes“, betonte der Sprecher weiter und erklärte, dass sich die Standmierte auf dem Landesparteitag ausschließlich an der Größe der Stände orientiert.

Die Union hat nach Angaben des Magazins schon früher versucht, Sponsoren mit Terminen beim Ministerpräsidenten zu locken. Für den Landesparteitag im Jahr 2008 bot die Geschäftsstelle der Partei bereits ein „Partnerpaket“ an, das ein Gespräch mit Rüttgers einschloss. Für dieses Jahr kündigt sie noch größere Attraktionen

an: „Als besonderen Höhepunkt können wir auf die Teilnahme unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Mitglieder der Bundesregierung verweisen“, heißt es in dem Schreiben der Partei.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann bezeichnete den Vorgang als einen „weiteren Baustein im Sittengemälde der Amtsführung“ des Ministerpräsidenten und seiner schwarz-gelben Koalition: „Die CDU und Jürgen Rüttgers beschädigen das Amt des Ministerpräsidenten, indem sie es zu Markte tragen.“ Die Vorsitzende der NRW-Grünen, Daniela Schneckeburger, fragte: „Gilt für die CDU: Wenn sie nicht käuflich ist, ist sie zumindest mietbar.“ Mehr als ein „Geschmäckle“ habe es, wenn der Ministerpräsident dazu noch seinen Amtsbonus verkaufte.

Der Generalsekretär der NRW-SPD, Michael Groschek, sprach von einem „bemerkenswerten Vorgang“: „Jürgen Rüttgers und seine CDU machen sich so den Staat zur Beute. Das hat den Beigeschmack, dass Politik käuflich sei.“ (ddp)

## Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergaben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, [www.swa-wwa.de](http://www.swa-wwa.de); Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; [anzeigen@swa-wwa.de](mailto:anzeigen@swa-wwa.de), [redaktion@swa-wwa.de](mailto:redaktion@swa-wwa.de), [vertrieb@swa-wwa.de](mailto:vertrieb@swa-wwa.de)  
Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15;  
Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortlich für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.  
Geschäftsstellen: Siegen, Obergaben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.  
Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.